

deren Firmen bei dieser Fabrik bestellt worden sind. Infolge dieser Abmachung zwischen der Feldmühle, Forischach und der Bogtländischen Maschinenfabrik und weil die Automaten einen wirklich großen maschinellen Fortschritt bedeuten, finden sich die St. Gallischen Firmen gezwungen, und sind teilweise schon im Begriffe, im deutschen Bodenesebiet Fabriken für die Instandhaltung solcher automatischer Schiffmaschinen zu erbauen, wodurch die Industrie zum Teil nach Deutschland exportiert wird. Bereits hat eine größere St. Galler Firma in der Nähe von Konstanz einen Bau für eine größere Zahl von Automat-Schiffmaschinen in Angriff genommen — man spricht von 100 Maschinen. — Die Automaten wurden in Amerika erfunden. Sie machen den Sticker an der Maschine überflüssig. Statt eines Menschen führt ein automatischer Apparat den Pantographen zum Sticken, Bohren u. c. Statt aus einer bloßen Zeichnung besteht das Muster aus kleinen Löchern, in welche sich dann der Stift des Pantographen einsetzt. In Sachsen und Böhmen dürften etwa 500 solche Automaten zur Aufstellung gelangt sein. Diese 500 Maschinen kosten mit Gebührligkeiten, Bobinenmaschinen u. c. rund 6 Millionen Mark. Es handelt sich heute bei der Automaten-Maschine um eine neu patentierte Verbesserung, die erst jetzt den vollen Wert erhält.

In verschiedenen deutschen Zeitungen sind jüngst sehr verlockende Angebote für Handlungsgesellschaften, die in Amerika eine Stellung annehmen wollen, veröffentlicht worden. Wer sich darauf hin meldete, bekam ein hektographiertes Rundschreiben des Geschäftsführers eines „Vereins deutscher Handlungsgesellschaften“ in Newyork. Unter den verlockendsten Versprechungen wird darin dem sich anbietenden Handlungsgesellen nahe gelegt, 10 Mark Eintrittsgeld an den Herrn „Geschäftsführer“ zu schicken. Wie der Deutschnationale Handlungsgesellen-Verein mitteilt, handelt es sich hier um einen ganz gewöhnlichen Teufelschwindel; der Deckname eines Vereins deutscher Handlungsgesellen ist nur gewählt, um möglichst viele ins Garn zu locken. Wer die verlangten 10 Mark nach Newyork schickt, verliert sie bestimmt. Alle Handlungsgesellen werden darum gewarnt, sich auf irgend welche Versprechungen des Herrn Theodor Weiß, Newyork 556, 82. Street, einzulassen.

Die neuen 25-Pfennig-Stücke haben schon zu unliebsamen Verwechslungen, aber auch zu heiteren Vorkommnissen geführt. Daß die neue Münze bei nur flüchtigem Hinsehen leicht für ein Markstück angesehen werden kann, darauf ist schon hingewiesen worden. Dieser Tage ist es einem Schalterbeamten der Eisenbahn in Burgstädt bei starkem Andrang auch vorgekommen, daß er ein 25-Pfennig-Stück für eine Mark ansah und entsprechend herausgab. — Nachdem glücklichen Besitzers solcher neuer Münzen, die Einkäufe damit bezahlten, wollte man das Geldstück nicht annehmen, da man es für falsch hielt; einem jungen Mann, der in Dresden Schokolade mit 25-Pfennig-Stücken bezahlte, kam die Verkäuferin nachgelaufen und rief: „Die haben doch mit österreichischem Geld bezahlt!“

Werden die Zündhölzer noch teurer? Die Blindwarenindustriellen, so wird gemeldet, streben energisch einen festeren Zusammenschluß auf Zündfabrikationsbasis an. Zu einer demnächst in Berlin stattfindenden Versammlung sollen alle Zündholzfabrikanten des Reiches eingeladen werden, da sonst die Nachteile der Zündholzsteuer nicht auszugleichen seien. Dieser letzte Satz klingt ja direkt unheilversprechend.

Gingefandt.

In einem „Gingefandte“ Nr. 102 vom 2. Sept. d. J. wurde darüber Klage geführt, daß die Kontrolle darüber, ob die Besucher des hiesigen Anos auch die von ihnen bezahlten Plätze einnehmen können und nach Beendigung des Programms den Raumgekommenen wieder Platz machen, sehr viel zu wünschen übrig ließe. Geringfügige Mängel aber, nach dem das Unternehmen in andere Hände übergegangen ist, darin ein Wandel zum Besseren eingetreten zu sein, da der jetzige Inhaber vom ersten Tage ab die sehr nötige Kontrolle wieder eingeführt hat und dieselbe auch stürke durchführt, was von allen ordnungsliebenden und vernünftig denkenden Menschen nur mit Freuden begrüßt werden kann. Außer den noch bevorstehenden baulichen Veränderungen wird sogar wie man hört, in den nächsten Tagen fange die Reizeit entsprechende Ventilatoren des Lokals gefügt werden. Auch die Beseitigung dieses Unbehagens ist mit Freuden zu begrüßen.

Voritas.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung am 6. Dezember, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Dr. Leonhart u. Gen., Fr. Sp., bez. den Werftbetrieb in Kiel, in Verbindung mit der denselben Gegenstand betreffenden Interpellation der Sozialdemokraten.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt sich auf Befragen nochmals bereit, heute zu antworten.

Abg. Dr. Leonhart (Fr. Sp.): Meine Herren! Der Werftbetrieb in Kiel, der fünf Wochen lang die Öffentlichkeit beschäftigt hat, hat mit einer Freisprechung der Angeklagten geadelt. Aber die Marineverwaltung gehört nicht zu den Freigesprochenen; das Verwaltungssystem ist verurteilt. Die Verwaltungsbeamten bringen für ihre Tätigkeit im allgemeinen zu wenig technische Kenntnisse mit. Und die Magazinaufseher, ehemalige Militärämter, bekommen noch dazu ein so geringes Gehalt, daß es ein Wunder wäre, wenn nicht ab und zu einmal einer einer Verurteilung ausgesetzt wäre. Eine geordnete kaufmännische Buchführung fehlt auf den Werften. Dabei sind im Vorjahre 480 Zentner Papier auf der Kieler Werft verstreut worden. Buchmäßig freilich stimmt auf unseren Werften alles, aber an einer materiellen Kontrolle fehlt es, diese ist ganz ungenügend, so daß es sehr leicht möglich ist, einmal ein paar Zentner Material verschwinden zu lassen. Der Magazindirektor ist ein Mann von 74 Jahren, also von mehr als biblischem Alter. Bei keiner anderen Verwaltung hält man die Verwaltungsbeamten so lange! Was soll nun geschehen? Im Frühjahr ist ja im Marineamt eine Kommission eingesetzt worden, der aber fast nur Verwaltungsbeamte angehören. Und was in einer Kommission herauskommt, der zum größten Teil Verwaltungsbeamte angehören, kann man sich ungefähr vorstellen! Worauf es ankommt, ist: den einzelnen Beamten eine größere Verantwortlichkeit aufzuladen. Aus den Vorschlägen der Kommission ist besonders hervorzuheben: man will einen neuen Assessor haben. Das scheint mir die Krone dieser Vorschläge zu sein. Aber Assessorien haben wir wohl schon genug. Eine gründliche Reorganisation ist nötig. Aber auch schon im Rahmen der bestehenden Organisation läßt sich vieles bessern. So durch eine kaufmännische Buchführung, ferner durch einen Marine-Rechnungsbehold, dem auch technische Beamte angehören. Ferner

müßte der Oberwerftdirektor einen Zahlmeister als Assistenten haben. Und schon bisher hätten manche Mißstände vermieden werden können, wenn der Magazindirektor ein Oberzahlmeister wäre. Was dann den Verkehr mit den Kaufleuten anlangt, so ist dabei in Kiel eine der sonderbarsten Bestimmungen, daß Kaufleute nicht zulässig sind. Aber vor allem müssen die Techniker mehr zur Geltung kommen. Eine Besserung kann nicht erfolgen, indem man durch neue Paragraphen den bürokratischen Geist stärkt, sondern man muß den kaufmännischen Geist mehr einziehen lassen. Die bürgerlichen Parteien sind der Ansicht, unsere Marine solle wachsen entsprechend der Bedeutung einer Großmacht, sie sind aber andererseits auch der Ansicht, das Geld unserer Steuerzahler dürfe nicht verpulvert werden. (Beifall.)

Abg. Legin (Soz.) befeuchtet zunächst namentlich die in dem Prozeß gefallene Ausrufung eines Intendantenbeamten, daß die Marinebeamten nur darauf zu achten hätten, daß wir eine leistungsfähige, brauchbare Marine hätten. Da bei Gelegenheit einer Interpellation Anträge nicht möglich seien, kündige er jetzt schon für die zweite Beratung des Marineetat's einen Antrag seiner Freunde auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission an. Redner fährt dann eine lange Reihe von Fällen an, wo bei Schiffsbauten oder bei Reparaturbauten durch mangelhafte Disposition der Verwaltung, auch der technischen Beamten, wertvolles Material wieder zu altem Eisen geworden sei.

Um 3¼ Uhr nimmt das Wort, von der Rednertribüne aus, Staatssekretär v. Tirpitz: R. S., die beiden Interpellationen betreffen sich ja in ihrem Inhalte, obwohl die zweite (die sozialdem.) vorsichtiger gehalten ist. Die Unterseite, m. S., schreiben ja jetzt ganz aus, weil das Schwurgericht die angeklagten Beamten freigesprochen hat. (Wächler links.) Die Verwaltung ist auch nach meiner Untersuchung, abgesehen von einem Betriebe, nämlich dem des Altmaterials, absolut intakt aus der Untersuchung hervorgegangen. (Unruhe links.) Ja wohl, m. S. Was den Magazindirektor anlangt, so hat gerade er besonders das Vertrauen der vorgelegten Verbände bezeugt und das ist auch der Grund, weshalb wir ihn, trotz seines Alters, so lange gehalten haben. Was den Betrieb mit Altmaterial anlangt, so habe ich Anordnungen getroffen, daß solche Mißstände, wie bisher, auf der Werft nicht mehr eintreten können. Angeordnet habe ich zunächst eine verstärkte Aufsicht, angeordnet ferner, daß die zweite Kontrolle bei Feststellung des Gewicht's nicht mehr durch jüngere, sondern durch ältere Personen erfolgt. Ferner, daß ein Verladen nur während der Bureauezeit erfolgt und nur durch Werftpersonal, nicht durch Fremde. Angeordnet ist weiter eine verstärkte Kontrolle seitens der Werftseite. Ferner, daß die Angebote bei Submissionen versehen werden sollen. Auch soll eine Spezialisierung des Altmaterials stattfinden. Endlich soll der Verwaltungsdirektor mehr vom inneren Vertriebsdienst entlastet werden, um es ihm zu ermöglichen, mehr in den Kübenbetrieb hineinzugehen, das, meine Herren, ist alles, was möglich ist. Wegen direkte Untertue wird sich natürlich schwerlich etwas machen lassen. Herr Legin hat eine Ausrufung eines höheren Werftbeamten vor Gericht erwähnt, diese Ausrufung schloß aber ausdrücklich damit: die eigentliche Aufgabe der Werft, für brauchbare Schiffe zu sorgen, „ist heute natürlich nicht aus, daß auch auf sparames Wirtschaften geachtet werde.“ Sie sehen, wie solche Ausrufungen verdrängt werden! Die angeklagten Kaufleute haben natürlich alle Schuld auf die Werft geworfen, und die Werften haben keine Gelegenheit gehabt, sich zu verteidigen (Wächler links). Auch jener Bureauekratismus hat man zum Vorwurf gemacht. Ich habe aber gerade die technischen Betriebe frei gemacht von Bureauekratismus. Herr Dr. Leonhart bemängelt die niedrigen Gehälter der Magazinaufseher. Aber gerade diese sind im Gehalt gesteigert worden. Ganz unzutreffend sind auch die Behauptungen der Herren Leonhart und Legin, daß auf den Werften die etwa überschüssigen Bestände nicht rechnungsmäßig gebucht würden. Auch die Landbankläufe, fragen Sie in Kiel nach, in Danzig, in Sonderburg, oder wo Sie wollen, sind überall durchaus kaufmännisch erfolgt. Die technische Betriebe habe ich, nachdem ich vor zwölf Jahren Einblick in die Werftverhältnisse genommen, unabhängig gemacht von der Bureauekratie. Ich habe also genau das Gegenteil von dem getan, was Herr Leonhart behauptete. Wo mir nicht sparsam genug gewirtschaftet zu werden schien, habe ich eingegriffen, habe zu dem Behuf Sitzungen an Ort und Stelle abgehalten. Einen Einblick in den Erfolg dieses parlamentarischen Wirtschaftens gewährt ein Vergleich zwischen den Kosten der Indiensthaltung und den Kosten der Werftbetriebe. Die Indiensthaltung stellt gewissermaßen den Kupfersektor dar, der Werftbetrieb die Unkosten. Während nun die Indiensthaltung von Jahr zu Jahr gestiegen ist, indem sie zu Beginn der Flottengesehung 21,5 Prozent des gesamten Marineetat's absorbierte, im Etat 1910 dagegen 27,5 Prozent, hat der Werftbetrieb zu Beginn der Flottengesehung 21,2 Prozent, pro 1910 dagegen nur 18,6 Prozent beansprucht. Der Kupfersektor ist also von Jahr zu Jahr gestiegen, die Unkosten geringer geworden. Weiter aber: Die Preise pro Tonne bei den Schiffsbauten sind von Jahr zu Jahr ebenfalls geringer geworden. Der Staatssekretär gibt auch hierfür Belege, um weiter die große Leistungsfähigkeit unserer Werftbetriebe zu betonen. Die Unterseite der Werft in Danzig beispielsweise stellten sich den besten der Welt an die Seite, vom Tage der Indienststellung an wären sie glatt zur See gegangen ins Randover und hätten alles mitgemacht, was verlangt wurde. Gerade gegenüber der Beurteilung, die der Kieler Prozeß hervorgerufen, halte er sich für verpflichtet, dies auszusprechen, auf die große Leistungsfähigkeit unserer Werften hinzuweisen. Was bleibt nun von allen Angriffen übrig gegenüber den von ihm angeführten großen Tatsachen? Vom ersten Tage an, wo er sein Amt übernahm, habe er sparsam zu wirtschaften sich bemüht und, wo es nötig war, die Jügel straff angezogen. Auch bei Vergleichen mit ausländischen Flotten, Vergleichen zwischen der Weltausgabe und der Leistungsfähigkeit, nehme Deutschlands Flotte, wie er glaube — und wie das auch von ausländischen Stimmen zugegeben werde —, keine schlechte Stellung ein. Jegliche Verallgemeinerungen aus dem Kieler Prozeß müßte er auf jeden Fall im Interesse des Ansehens unserer Marine und im Interesse des Landes energisch zurückweisen (Beifall).

Auf Antrag Straube und Singer findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Krich (L.): Die Wertlosigkeit einer gewissen Presse haben wir genügend kennen gelernt. Aber die Regierung hat da leider erst spät sich entschlossen, dazu Stellung zu nehmen (Wächler links). Die Details, die die Interpellanten (wie der Staatssekretär vorgebracht, können wir hier nicht prägen. In der Budgetkommission werden wir alles sorgsam zu prüfen und vornehmlich auch auf ein sparsames Wirtschaften zu dringen haben.

Abg. Erzberger (Z.): Es bleibt trotz der Erklärungen des Staatssekretärs doch noch manches übrig. Die Angeklagten sind zwar freigesprochen. Aber dennoch hat der Bureauekratismus in dem Prozeß die schärfste Verurteilung erfahren. Es liegt mir fern, die ganze Marineverwaltung auf die Anklagebank zu setzen. Aber in den Details der Maschinenrie ist doch etwas nicht in Ordnung. Der Staatssekretär ist im Rahmen der Verwaltung zu weit gegangen. Er sagt, Unregelmäßigkeiten seien ja nur in einem einzigen Betriebszweig vorgekommen. Aber schon im Vorjahre wurden doch Unregelmäßigkeiten auch in Wilhelmshaven, ferner auch in Danzig und Kiel bekannt. Redner legt dann dar, daß die Techniker nicht genug zur Geltung kämen, ferner, daß die „gesteigerte Indiensthaltung“, der „Kupfersektor“, gar nichts beweise gegen das Verlangen einer mehr kaufmännischen Verwaltungsführung. Wenn nicht tüchtige sachverständige Techniker an die Spitze der Werftverwaltung gestellt würden — wie dies analog bei den technischen Instituten im Landwehr der Fall sei — werde alle Kontrolle nichts helfen. Dankenswert sei das Zugeständnis des Staatssekretärs in bezug auf mehr Licht im Submissionswesen bei der Marine. Es genügt aber nicht, daß fortan die Angebote verlesen werden; nötig sei, daß auch bekanntgegeben werde, zu welchem Preise der Zuschlag erfolgt sei. Wenn über alle Käufe und Verkäufe der Werften

die größte Öffentlichkeit eintrete, dann würden solche Prozesse, wie der Kieler, unmöglich werden.

Abg. Semler (ul.): Daß der Herr Staatssekretär die Werftverwaltung völlig reinzuwaschen gesucht habe, ist doch nicht ganz richtig. Er hat vielmehr die Gewichtskontrolle für Verbesserungsbedürftig bezeichnet, ebenso müsse die Aufsicht überhaupt eine bessere werden, und dann hat ja der Herr Staatssekretär auch eine Reihe von anderweitigen Anordnungen als notwendig anerkannt. Begrüßlich sei, daß die Applikanten, diese jungen Leute, nicht hinter die Schliche der Frankenthal u. Gen. kommen könnten. Und ebensowenig der alte Magazindirektor, aber den die Frankenthal u. Gen. sicherlich in ihrem Kämmerlein und auch wohl noch im Gefängnis gelacht haben mögen. In der Verwaltung müßten unter allen Umständen Beamte sitzen, die auch genügend kaufmännisch gebildet seien. Die Oberwerftdirektorstelle dürfte auch nicht bloß eine Uebergangsstelle sein, da dies für den Betrieb schädlich sei. Je mehr wir Lpler bringen für die Marine, desto mehr müssen wir auch auf sparsames Wirtschaften halten. (Beifall.)

Abg. v. Sarny (Rp.): Um eine moralische Niederlage der Werftverwaltung handelt es sich jedenfalls nicht. Der Staatssekretär sagte mit Recht, offene Untertue läßt sich nirgends vermeiden, trotz der besten Kontrolle, und kommt überall einmal vor. In dem, was jetzt zu geschehen hat, gehe ich über den Staatssekretär hinaus. Das Submissionswesen ist geradezu ein Krebsgeschwür. Die Bedingungen sind so, daß bisparitätische Behandlung der Submittenten geradezu provoziert wird. Das ist nicht nur im Reiche so, sondern auch in den Staatsbetrieben. Die Bedingungen sind so — ich weiß das aus persönlicher Erfahrung, als Holzlieferant, ich bin nämlich Sägenmüller, —, daß ein anständiger Lieferant sie oft gar nicht erfüllen kann. Auch an der Monopolwirtschaft, der Begünstigung einzelner Lieferanten, leidet die Marine ebenso wie alle Staatsbetriebe. Die Schmutzgebeir seien jetzt geradezu kaufmännischer Grundlag (lebhafte Widerspruch links). Jawohl! (Rufe: nein, Mißbrauch, aber doch nicht Grundlag.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich muß Mißverständnisse aufklären. Ich habe die Kieler Unregelmäßigkeiten keineswegs leidet genommen, sondern bin mit aller Energie sofort eingeschritten. Herr Erzberger behauptete, es würde sogar Material über Bord geworfen. Wenn er von solchen Vorkommnissen weiß, dann möge er mir doch eine Mitteilung machen, denn gegen so schändlichen Mißbrauch an Reichsgut müßte ich doch mit aller Entschiedenheit vorgehen. Ferner ist es ja gerade meine Absicht, die technische Kontrolle in die Hand eines Technikers zu legen. Der Verwaltungsdirektor soll nur die allgemeine Oekonomie behalten, von der technischen Kontrolle entlastet werden. An der Spitze der Werft muß aber unbedingt ein Spezialist stehen. Dem Vorredner gebe ich zu, daß das Submissionsverfahren noch nicht auf der Höhe steht, ich werde dem die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Scharn (Z.) nimmt gegenüber einer Ausrufung Semlers die Prozeßführung in Schutz und namentlich den Untersuchungsrichter. Wenn die Untersuchung so langsam vorgeht, so liegt das hauptsächlich an dem einen Angeklagten, der seine Auslagen verweigert und erst im Prozeß selbst ausgezahlt habe.

Darauf Vertagung. Morgen 1 Uhr: Fortsetzung; dann dritte Lesung des Handelsprovisoriums mit England, dritte Lesung des Gesetzes betr. 15 des Zolltarifgesetzes; Weiterberatung des Handelsvertrages mit Portugal usw.

Schluß nach 6¼ Uhr.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 7. Dezember. 2. Kammer. Die 2. Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung zunächst den Besetzungsvorschlag über die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte in allgemeine Vorbereitung und in Verbindung damit den Antrag des Abgeordneten Kleinhempel (natl.) die Einwirkung von Armenunterstützungen auf öffentliche Rechte betreffend. Staatsminister Graf Bismarck v. C. f. t. d. t. begründete die Vorlage und führte etwa folgendes aus: Die Vorlage entspricht inhaltlich dem Reichsgesetz vom 15. März 1909. Ihre Einbringung sei zunächst auf den Wunsch des Reichstages zurückzuführen, es möchten diejenigen Grundzüge, welche im Reichsgesetz betreffend die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte enthalten sind, auch in der Landesgesetzgebung zum Ausdruck gebracht werden. Die Regierung glaube mit der Vorlage auch den Wünschen der 2. Kammer zu entsprechen, wie sie ja auch in dem Antrage Kleinhempels zum Ausdruck kämen. Sächlich gründeten sich die Bestimmungen des Dekretes darauf, daß die neuere Zeit eine Menge Zuwendungen kenne, die auf dem Grenzgebiete lägen zwischen Armenunterstützungen und Leistungen, die dies nicht seien. Es kämen hier in Frage, Krankenunterstützungen, Anstaltspflege, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährt werde, Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, Erziehung, Ausbildung für einen Beruf und dergleichen. Auch die beiden andern Fälle, die das Dekret noch anföhre, seien nicht derart, daß man den Verlust der öffentlichen Rechte herleiten könne. Es seien Unterstützungen, die in der Form vereinzelter Leistungen zur Erhebung einer augenblicklichen Notlage gewährt würden, und Unterstützungen, die zurückerstattet würden. Die Bestimmungen des Entwurfes würden besonders Anwendung finden auf die Wahlen zum Landtage, zu den Gemeinde- und Bezirksverbänden, zu den Handels- und Gewerbestämmern, zu Kirchenvorstandswahlen, zu den Einschätzungs- und Reklamationskommissionen für die Staatseinkommensteuer usw. Er hoffe, daß die Vorlage die Zustimmung des Hauses finden werde. — Abg. Kleinhempel (natl.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde mit dem Dekret einverstanden und zieht darauf seinen Antrag zurück. Er beantragt, das Dekret der Gesetzgebungsdeputation zur Weiterberatung zu überweisen. — Abg. Dr. Scharn (konf.) erklärt namens seiner Parteifreunde, daß sie dem Dekret sehr sympathisch gegenüberständen. Zu wünschen sei eine Definition des Begriffes Armenunterstützung überhaupt, um die vielerlei Unklarheiten zu beseitigen. — Abg. Brodau (freif.) erklärt sich gleichfalls mit dem Dekret einverstanden. Er äußerte verschiedene Wünsche, die bei der Deputations-Beratung berücksichtigt werden möchten. — Abg. Hige (soz.) ist ebenfalls mit der Ueberweisung des Dekrets an die Gesetzgebungsdeputation einverstanden, erklärt jedoch, daß das Dekret nicht weit genug gehe, da Armenunterstützungen überhaupt die öffentlichen Rechte nicht beeinflussen dürften, ausgenommen, wenn die Notlage eine selbstverschuldete sei. — Abg. Dr. Böhm-Birna (konf.) äußerte verschiedene Wünsche. Es würde sehr schwer sein, den Begriff der Armenunterstützung festzulegen. Man